Reglement

REGLEMENT ÜBER DIE SCHULZAHNPFLEGE

In Kraft seit: 1. August 2024

INHALT

I. Allgemeines.....	3
II. Vorbeugende Massnahmen und Behandlungen.....	4
III. Privatschulen.....	5
IV. Finanzielles	5
V. Rechtsweg.....	7
VI. Schlussbestimmungen	7

Die Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Dornach, gestützt auf § 48 Abs. 2 lit. c und Abs. 4 des Gesundheitsgesetzes vom 19. Dezember 2018 (GesG; BGS 811.11), § 56 Abs. 1 lit. a des Gemeindegesetzes vom 16. Februar 1992 (GG; BGS 131.1) und § 21 lit. a der Gemeindeordnung vom 1. Januar 2023, beschliesst:

I. ALLGEMEINES

§ 1 Zuständigkeit und Zweck

- 1 Die vorbeugende Zahnpflege ist primär Aufgabe der Erziehungsberechtigten. Die Schulzahnärzte und Schulzahnärztinnen, die Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorennen sowie die Lehrpersonen unterstützen sie dabei.
- 2 Die Einwohnergemeinde ist verantwortlich für die Organisation und Durchführung der Schulzahnpflege. Sie führt die Schulzahnpflege nach den Vorschriften der kantonalen Gesundheitsgesetzgebung durch.
- 3 Die Schulzahnpflege bezweckt, Zahnschäden und ihre Folgen durch vorbeugende Massnahmen und Behandlungen zu verhindern.
- 4 Die Schulzahnpflege umfasst die gesamte obligatorische Schulzeit (elf Schuljahre inkl. Kindergarten).
- 5 Unter den Begriff "Reihenuntersuchung" fällt der individuelle Untersuch der schulpflichtigen Kinder beim Schulzahnarzt bzw. bei der Schulzahnärztin oder beim frei gewählten Zahnarzt bzw. der frei gewählten Zahnärztin gemäss §§ 2 f.

§ 2 Schulzahnarzt und Schulzahnärztin

- 1 Die Bezeichnung des Schulzahnarztes oder der Schulzahnärztin ist Sache der Gemeinde. Sie soll unter den in der Gemeinde oder Region praktizierenden Zahnärzten und Zahnärztinnen mit einer Berufsausübungsbewilligung getroffen werden. Der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin muss Mitglied der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO sein.
- 2 Rechte und Pflichten des Schulzahnarztes oder der Schulzahnärztin sind gemäss § 48 Abs. 2 lit. a GesG durch Vereinbarung mit der Gemeinde zu regeln.
- 3 Der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin übernimmt die zahnärztliche Betreuung der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, sofern die Erziehungsberechtigten keinen anderen Zahnarzt oder keine andere Zahnärztin damit beauftragen (vgl. § 3).
- 4 Die Behandlung hat durch den Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin selbst oder durch einen gleichwertig ausgewiesenen Assistenten oder eine gleichwertig ausgewiesene Assistentin zu erfolgen. Ist aus einer schulzahnärztlichen Intervention heraus die Untersuchung und Behandlung durch einen Spezialisten oder eine Spezialistin angezeigt, überweist der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten, an die zuständige Fachperson.
- 5 Der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin untersteht der beruflichen Schweigepflicht (Art. 321 StGB) und dem Amtsgeheimnis (Art. 320 StGB). Für die Entbindung von der beruflichen Schweigepflicht ist das Departement des Innern des Kantons Solothurn zuständig, für die Entbindung vom Amtsgeheimnis der Gemeinderat.

§ 3 Frei gewählter Zahnarzt bzw. frei gewählte Zahnärztin

- 1 Die Erziehungsberechtigten können für die zahnärztliche Betreuung einen anderen Zahnarzt oder eine andere Zahnärztin beauftragen.
- 2 Ist aus einer schulzahnärztlichen Intervention heraus die Untersuchung und Behandlung durch einen Spezialisten oder eine Spezialistin angezeigt, überweist der Zahnarzt oder die Zahnärztin die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen, mit Einverständnis der Erziehungsberechtigten, an die zuständige Fachperson.

§ 4 Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorinnen

Die Einwohnergemeinde sorgt durch den Beizug von Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorinnen für die kollektive Prophylaxe während der obligatorischen Schulzeit. Die Lehrpersonen sind verpflichtet, den Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorinnen unterstützend beizustehen.

II. VORBEUGENDE MASSNAHMEN UND BEHANDLUNGEN

§ 5 Prophylaxe

- 1 Die Einwohnergemeinde sorgt für die Durchführung von Vorbeugungsmassnahmen. Sie kann dabei von Zahnärzten oder Zahnärztinnen beraten werden.
- 2 Unter Vorbeugungsmassnahmen sind zu verstehen:
 - a) Abgabe von Merkblättern und Aufklärung der Erziehungsberechtigten schulpflichtiger Kinder und Jugendlicher,
 - b) Zahngesundheitsunterricht und Ernährungsberatung,
 - c) regelmässiges Üben der Zahnreinigung in Kindergarten und Schule (Gruppenprophylaxe). Diese Aufgabe kann durch Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorinnen wahrgenommen werden.
- 3 Die Lehrpersonen sind von Schulzahnpflegeinstruktoren und Schulzahnpflegeinstruktorinnen über Zweck, Aufgabe und Mittel sowohl der Zahnpflege als auch der prophylaktischen Massnahmen zu instruieren. Die Lehrpersonen sind verpflichtet, die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen während des Unterrichts mit der Mund- und Zahnpflege vertraut zu machen.

§ 6 Kontrollkarte, Untersuchung und Behandlung

- 1 Kontrollkarte
Für die jährlichen Reihenuntersuchungen erhalten die Erziehungsberechtigten zu Beginn der Schulzeit von der Einwohnergemeinde eine Kontrollkarte.
- 2 Untersuchung
 - a) Der Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin führt die jährliche, obligatorische Reihenuntersuchung durch.
 - b) Die Erziehungsberechtigten können die jährliche Reihenuntersuchung durch einen anderen Zahnarzt oder eine andere Zahnärztin durchführen lassen.
 - c) Die Erziehungsberechtigten melden sich selbständig bei einem Schulzahnarzt oder einer Schulzahnärztin bzw. bei einem Zahnarzt oder einer Zahnärztin ihrer Wahl an oder dieser/diese bietet das Kind einmal jährlich zur obligatorischen Reihenuntersuchung auf.
 - d) Der Zahnarzt oder die Zahnärztin bestätigt die Reihenuntersuchung auf der Kontrollkarte.
 - e) Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder nicht durch die alljährliche, obligatorische Reihenuntersuchung prüfen und bei Bedarf behandeln lassen, haben keinen Anspruch auf finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde gemäss diesem Reglement. Die (Wieder-)aufnahme in die Schulzahnpflege kann erst erfolgen, wenn das Gebiss vorgängig auf Kosten der Erziehungsberechtigten saniert worden ist.
 - f) Beim Verlust von Kontrollkarten bestätigt der behandelnde Zahnarzt oder die behandelnde Zahnärztin die vergangenen Behandlungen auf einer neuen Kontrollkarte durch Unterschrift.
- 3 Behandlung
 - a) Die Behandlung bezweckt die Gesunderhaltung und gute Funktion der Zähne.

- b) Die Behandlungen können durch den Schulzahnarzt oder die Schulzahnärztin oder durch einen anderen Zahnarzt oder eine andere Zahnärztin durchgeführt werden.
 - c) Zahnstellungsanomalien, die eine Behandlung erfordern, sind nur dann in die Schulzahnpflege zu integrieren, wenn die prophylaktischen Massnahmen und die sonstige Behandlung im Rahmen der Schulzahnpflege sichergestellt sind.
 - d) Die Gemeinde Dornach subventioniert nur kieferorthopädische Fälle, die einen gewissen Schweregrad aufweisen. Massgebend sind der Schweregrad 3 und 4 der Empfehlung F Kieferorthopädie/Zahnstellungskorrekturen (Kinder -18 Jahre) der Vereinigung der Kantonsärztinnen und Kantonsärzte der Schweiz (VKZS). Für Kostenbeiträge der Gemeinde muss der Schweregrad vor Behandlungsbeginn dokumentiert sein.
 - e) Kieferorthopädische Behandlungen im Rahmen der Schulzahnpflege müssen durch einen Fachzahnarzt oder eine Fachzahnärztin für Kieferorthopädie (anerkannt gemäss Liste der eidgenössischen Invalidenversicherung betreffend Ziffer 208, 209, 210, 214 und 218) vor Behandlungsbeginn schriftlich bestätigt werden. Ansonsten entfallen die Kostenbeteiligung und die subsidiäre Haftung.
 - f) Die Erziehungsberechtigten sind dafür verantwortlich, dass die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen rechtzeitig beim Zahnarzt oder bei der Zahnärztin erscheinen.
- 4 Nicht subventioniert werden Fälle, die nicht unter Abs. 2 oder Abs. 3 fallen, insbesondere Unfallfolgen (Unfallversicherung bzw. Krankenkasse ist zuständig) und versäumte Sitzungen.

III. PRIVATSCHULEN

§ 7 Sinngemässe Geltung

- 1 Die Privatschulen stellen die Schulzahnpflege in geeigneter Weise sicher und handhaben die Untersuchungen und Behandlungen im ähnlichen Sinne wie die Gemeinde Dornach. Sie orientieren die Gemeinde darüber. Die Gemeinde Dornach kann bei Bedarf ergänzende Regelungen treffen.
- 2 Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Schulzahnpflege an den öffentlichen Schulen (vgl. §§ 1 ff.) für Privatschulen sinngemäss.

IV. FINANZIELLES

§ 8 Finanzielle Bestimmungen

- 1 Die Gemeinde trägt die Kosten der obligatorischen Reihenuntersuchungen und einmal von Bissflügel-Röntgenaufnahmen gemäss § 6 Abs. 2. Beides wird nach dem Zahnarzt-Tarif UV/MV/IV abgerechnet. Die Erziehungsberechtigten können dazu die Rechnung mit Gesuch um Kostenübernahme unter Beilage der Kontrollkarte an die Gemeinde weiterleiten.
- 2 Die Behandlungskosten werden für alle schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen nach dem Zahnarzt-Tarif UV/MV/IV abgerechnet.
- 3 Gemeindebeiträge an die zahnärztlichen Untersuchungen und Behandlungen werden nur geleistet, wenn der behandelnde Zahnarzt oder die behandelnde Zahnärztin Mitglied der Schweizerischen Zahnärzte-Gesellschaft SSO ist.
- 4 Die Kosten der über die obligatorischen Reihenuntersuchungen hinausgehenden Untersuchungen und Behandlungen sind von den Erziehungsberechtigten entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit und der Anzahl ihrer Kinder teilweise oder ganz zu übernehmen (vgl. Regulatorisch im Anhang).

- 5 Die Zahnarztkosten für weitere Behandlungen werden den Erziehungsberechtigten durch den behandelnden Zahnarzt/die behandelnde Zahnärztin in Rechnung gestellt. Die Erziehungsberechtigten kontrollieren und begleichen die Rechnung und reichen sie mit Gesuch um Kostenbeteiligung ihrer persönlichen Zusatzversicherung ein, sofern eine solche vorhanden ist. Übernimmt diese die Kosten nicht oder nur teilweise, leiten sie die Rechnung unter Beilage des Versicherungsentscheids und der Kontrollkarte innert Jahresfrist an die Gemeinde weiter. Diese vergütet den Erziehungsberechtigten die ihnen zustehenden Beitragsleistungen.
- 6 Für Behandlungen, die nach Beendigung der obligatorischen Schulzeit nicht abgeschlossen sind, können längstens bis Ende des entsprechenden Kalenderjahres Beiträge ausgerichtet werden.
- 7 Gemeindebeiträge können gekürzt oder gestrichen werden, wenn:
 - a) die kollektiven prophylaktischen Massnahmen verweigert werden,
 - b) die Zahnschäden offensichtlich auf grobe Vernachlässigung der Gebisspflege zurückzuführen sind,
 - c) eine notwendige Behandlung infolge Nachlässigkeit der Erziehungsberechtigten oder der schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen nur teilweise ausgeführt oder abgebrochen wurde,
 - d) schulpflichtige Kinder und Jugendliche Sitzungen beim Zahnarzt oder der Zahnärztin mehrmals ohne Entschuldigung versäumen oder nicht rechtzeitig erscheinen.
 - e) die Pflicht zur jährlichen Reihenuntersuchung nicht eingehalten wurde.
- 8 Schulpflichtige Kinder und Jugendliche, die nicht an der jährlichen Reihenuntersuchung teilnehmen, werden aus der Schulzahnpflege ausgeschlossen. Die Wiederaufnahme in die Schulzahnpflege kann erst erfolgen, wenn das Gebiss vorgängig auf Kosten der Erziehungsberechtigten saniert worden ist.
- 9 Neuzuzüger:innen werden in die Schulzahnpflege aufgenommen, wenn eine Bestätigung der Sanierung des Gebisses durch den bisher behandelnden Zahnarzt bzw. die bisher behandelnde Zahnärztin vorliegt.

§ 9 **Massgebendes Einkommen**

- 1 Grundlage für die Berechnung der Beitragsleistungen gemäss § 8 Abs. 3 ist das massgebende Einkommen für die Berechnung der Prämienverbilligung gemäss § 69 Sozialverordnung des Kantons Solothurn (SV; BGS 831.2).
- 2 Das massgebende Einkommen wird aufgrund der jeweils neuesten rechtskräftigen Steuerveranlagung festgelegt. Bei Personen, die dem ordentlichen Steuerveranlagungsverfahren nicht unterliegen, insbesondere bei Personen, die der Quellensteuer unterliegen, wird auf Berechnungsgrundlagen der zuständigen Steuerbehörde abgestellt.
- 3 Bei einer Änderung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von mehr als 20% seit der berücksichtigten Steuerveranlagungsperiode sind die Beitragsberechtigten verpflichtet, diese gegenüber der Gemeinde zu deklarieren. In diesem Fall reduziert oder erhöht sich der Anspruch auf Gemeindebeiträge entsprechend.
- 4 Bei unverheirateten Eltern ist die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen Haushalts zu berücksichtigen.
- 5 Wenn ein betreutes Kind mit nur einem Elternteil zusammenwohnt und im gleichen Haushalt auch die Partnerin oder der Partner dieses Elternteils lebt, so wird nach zwei Jahren des gemeinsamen Haushalts die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des ganzen Haushalts berücksichtigt.
- 6 Die Höhe der Beitragsleistung der Gemeinde an die Erziehungsberechtigten richtet sich nach dem Regulativ im Anhang.

V. RECHTSWEG

§ 10 Beschwerde

- 1 Beschwerdeinstanz gegen gestützt auf dieses Reglement getroffene Anordnungen ist der Gemeinderat. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen schriftlich, mit einem Antrag und einer Begründung versehen, einzureichen.
- 2 Entscheide des Gemeinderats können beim Departement des Innern des Kantons Solothurn angefochten werden. Die Beschwerde ist innert 10 Tagen schriftlich, mit einem Antrag und einer Begründung versehen, einzureichen.

VI. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 11 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Reglement über die Schulzahnpflege der Gemeinde Dornach vom 1. August 2008 wird aufgehoben.

§ 12 Inkrafttreten

Dieses Reglement tritt am 1. August 2024 in Kraft.

NAMENS DER EINWOHNERGEMEINDEVERSAMMLUNG

Der Gemeindepräsident

Daniel Urech

Die Gemeindegeschreiberin

Sarah-Maria Kaiser

Genehmigt gemäss:

Gemeinderatsbeschluss Nr. 767 vom 27.05.2024

Gemeindeversammlungsbeschluss Nr. 46 vom 12.06.2024

Genehmigt vom Departement des Innern mit Verfügung vom 21.08.2024

ANHANG

Gemeindebeiträge an die Schulzahnpflege (Regulativ)

Die Beitragsleistungen nach §§ 8 f. richten sich nach folgender Tabelle:

Ansätze in % nach massgebendem Einkommen pro Haushalt:

	Massgebendes Einkommen	Gemeindebeitrag in %
bis	40'000	90
bis	45'000	80
bis	50'000	70
bis	55'000	60
bis	60'000	50
bis	65'000	40
bis	70'000	30
bis	75'000	20
bis	80'000	10

Bei Familien mit mehr als einem beitragsberechtigten Kind werden pro zusätzlichem Kind unter 18 Jahren oder unter 25 Jahren in Ausbildung CHF 5'000.00 vom massgebenden Einkommen abgezogen.

EINWOHNERGEMEINDE DORNACH
Hauptstrasse 33
Postfach
4143 Dornach

Telefon: 061 706 25 00
E-Mail: info@dornach.ch

Gedruckte Ausgaben des Reglements können auf der Website der Gemeinde Dornach bestellt werden.
Beim Bezug grosser Auflagen können die Unkosten verrechnet werden.

www.dornach.ch